

«Rheintal+» – Ab 9. September ist die Umsetzungskommission gefordert

Zunächst möchte ich den beiden Gemeindegangmitgliedern Reto S. Fuchs aus Bad Zurzach und René Meier aus Baldingen für die sehr informative Orientierung über «Rheintal+» vom 15. August ein Kompliment machen. Die Vorbereitung war sehr aufwendig. Dabei muss man sich auch stets überlegen, wer das Publikum ist und ob man von diesem verstanden wird.

Von den anwesenden Mitgliedern der Finanzkommissionen kann man erwarten, dass sie wissen, wovon gesprochen wurde. Dass es zurzeit sehr schwierig ist, die genaue finanzielle Zukunft zu kalkulieren, ist mir bewusst. Da liegt das Problem.

Herr Fuchs hat drei wichtige Sachen gesagt, die grösste Bedeutung haben:

1. Investitionen haben Kapitalverpflichtungen zur Folge. Diese sind aber langfristig planbar.
2. Der laufende Betrieb darf keine Schulden verursachen.
3. Die Schülierzahlen sinken. (Zur Verdeutlichung hat er eine Grafik über die Demografie der Zukunft gezeigt.)

Herr Fuchs hat sehr richtig erklärt, dass die Investitionen vorab in Bad Zurzach zu stemmen sind, weil die Kapitalverpflichtung planbar ist. Die Notwendigkeit ist unbestritten. Leider hat das Büro ÖBT nur die Zahlen vorgelegt und keine weiteren Hinweise gegeben. Es ist schwierig, das zu beurteilen, weil bereits getätigte Zahlungsvorschüsse nirgends erwähnt sind. Zudem haben die Mitglieder der Fikos keinen Einblick in die Rechnungen der anderen Gemeinden. Das ist auch richtig, aber die Mitglieder der Fikos können einiges aus den heruntergeladenen Rechnungen und Budgets (PDF) herauslesen und Rückschlüsse ziehen. Sie arbeiten bei der Budgetprüfung mit der Checkliste, die der Kanton zur Verfügung stellt. Dort wird auch die Frage nach dem Ausreichen des Steuerfusses gestellt.

Hier greife ich auf einen sehr wichtigen Hinweis von René Meier. Er verwies darauf, dass ein Steuerprozent 165 000 Franken ausmacht. Jetzt kommt das Problem der Gewichtung des zukünftigen Steuerfusses.

Die anschliessende Fragerunde drehte sich vorwiegend nur um 115 Prozent, und da kommen meine Zweifel auf. Die Arbeitsgruppe 4 hat sich ganz sicher alle erdenkliche Mühe gegeben. Die Einsparungen bei der Verwaltung (3 bis 5 Prozent) beruhen auf Erfahrungswerten, die das Büro Kleiner vorgibt. Aktuell ist aber auch die Fusion «Aarau-Suhr-Entfelden» am Laufen. Dort sagt Gemeinderat Alfred Stiner (beruflich beim Steueramt des Kantons Aargau tätig), dass es nicht günstiger werde.

Dass es dem Gemeinderat Bad Zurzach ernst ist, den Steuerfuss auf 115 Prozent zu halten, erklärt auch Sparmassnahmen, zum Beispiel die Abweisung des OK Baldinger Open. Dem OK wurde die notwendige Festbankgarnitur unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Ein Geldbetrag wurde abgelehnt. Die fünf organisierenden Frauen haben aber ihr ganzes Verhandlungsgeschick eingesetzt und fanden Sponsoren, welche bereit waren, als Unterstützung die notwendigen Mittel zu geben, um Francine Jordi zu engagieren. Positiv ist, dass zukünftig die Bevölkerung der Aussendörfer beweisen kann, fähig zu sein, kulturelle Anlässe ohne finanziellen Segen des Verwaltungsstandorts durchzuführen.

Wenn ich den Aufwand für die Exekutiven der Verwaltung 2000-Gemeinden ansehe, stellen sich Fragen. Ich beziehe mich auf das Jahr 2016, damals war «Rheintal+» erst in Planung. Aufwendungen der Gemeinderäte für Einsätze, die nicht im Fixum inbegriffen sind, betragen in Wislikofen 7907 Franken, was 247 Einsatzstunden à 32 Franken entspricht. In Baldingen wurden 266 Stunden notiert, Mellikon führt die Liste mit 617 Stunden an, was ich auf Besprechungen in Sachen bauliche Aktivitäten und betriebliche Veränderungen mit Steinbruch AG, Logistikzentrum und den Unternehmen in der Zone Zilistude zurückführe. Für diese nicht zum Tagesgeschäft gehörenden Einsätze werden die zukünftigen Gemeinderäte mehr als 32 Franken je Stunde verrechnen. Die Jahresrechnung 2018

der Gemeinde Rietheim weist in der Bilanz am 31. Dezember 2018 einen Unterhaltsfonds für die Güterregulierungsanlagen im Betrag von 66 834 Franken aus. Dieser wurde durch Flächenbeiträge der Grundeigentümer gemäss Verfassungsauftrag geäufnet. Dieser muss nach der Fusion wieder verfassungskonform für die Meliorationen verwendet werden und darf nicht einfach eingezogen werden. Dies sind Aufgaben, welche die Umsetzungskommission den Finger darauf halten muss.

Zur demografischen Zukunft, die eine Abnahme der Schulabgänger aufzeigt, muss beachtet werden, dass die sinkende Anzahl auch dadurch beeinflusst wird, dass das Gewerbe Mühe hat einheimisches Personal anzustellen und dafür Grenzgänger unter Vertrag nimmt. Dies sind qualifizierte Arbeitskräfte und das Lohnniveau ist tiefer. In einer Wirtschaftssendung des Deutschen Fernsehens erfuhr ich, dass ein Fachanwalt in Deutschland monatlich 5400 Euro verdient. Die günstigeren Arbeitskräfte sind zudem positiv für das Geschäftsergebnis. Die Kinder der Grenzgänger gehen aber in Deutschland zur Schule, verursachen aber andererseits auch keine Bildungskosten. Gemäss Info vom 15. August 2019 betrug der Quellensteuerertrag 2018 insgesamt 1 514 579 Franken. Rechnet man diesen auf die Lohnsumme hoch, sind dies 80 136 455 Franken, was bei einem Durchschnitts-Jahreslohn von 65 000 Franken 1232 Arbeitnehmern entspricht.

Hans Rohner, Baldingen

Letzte Leserbriefe zu «Rheintal+»

DÖTTINGEN – Die letzten Leserbriefe vor der Abstimmung über die Gemeindefusion «Rheintal+» vom kommenden Wochenende werden in der Mittwoch-«Botschaft» publiziert. Einsendeschluss dafür ist am Mittwochmorgen, 8 Uhr. Später eingegangene Leserbriefe können nicht mehr berücksichtigt werden.